Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/220

22. 03. 77

Antwort

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Dollinger, Frau Pieser, Kittelmann, Dr. Barzel, Schmidhuber, Dr. Biedenkopf, Wissmann, Wohlrabe, Köhler (Duisburg) und der Fraktion der CDU/CSU
— Drucksache 8/155 —

Bundesbeteiligung in Berlin

Der Bundesminister der Finanzen – VIII A 2 – 0 1942 – 17/77 – hat mit Schreiben vom 21. März 1977 im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft die Kleine Anfrage wie folgt beantwortet:

1. Wieviel Unternehmen mit Bundesbeteiligungen gibt es, und wieviel davon haben in Berlin Betriebsstätten?

Die Zahl der inländischen Bundesbeteiligungen – ohne VEBA und VW, an denen der Bund unter 50 v. H. beteiligt ist, – beträgt 430. Von ihnen haben 42 (9,8 v. H.) in Berlin Betriebsstätten.

2. Wieviel der in Berlin tätigen oder ansässigen Unternehmen mit Bundesbeteiligungen haben ihren Verwaltungssitz in Berlin und wieviel im übrigen Bundesgebiet?

Von den in Berlin tätigen oder ansässigen Unternehmen mit Bundesbeteiligung haben 28, das sind 67 v. H., ihren Verwaltungssitz in Berlin.

3. Welchen Anteil an Umsatz und Beschäftigten hatten die Unternehmen mit Bundesbeteiligungen in Berlin im Vergleich zu denen im übrigen Bundesgebiet 1975/1976?

Die Bundesbeteiligungen erstrecken sich u. a. auf Industrie, Handel, Bankwesen, Wohnungswirtschaft, Speditions- und Verkehrswesen, Forschung und Entwicklung.

Druck: Thenée Druck KG, 53 Bonn, Tel.: (02221) 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

Eine einheitliche Umsatzrelation läßt sich daher nicht herstellen. Bei den Industriekonzernen des Bundes bewegen sich die auf Berliner Betriebsstätten und Beteiligungsunternehmen entfallenden Umsatzanteile zwischen 0,6 v. H. und 25 v. H. Die Anteile der in Berlin Beschäftigten an der gesamten Beschäftigtenzahl dieser Unternehmen lag zwischen 0,2 v. H. und 51 v. H., insgesamt ergab sich bei ihnen ein Anteil von 3,6 v. H.

4. Wie entwickelte sich die Beschäftigtenzahl bei den Berliner Unternehmen mit Bundesbeteiligungen zwischen 1970 und 1975/1976?

Die Beschäftigtenzahl ist seit 1970 in fast allen Bereichen gestiegen. Rückläufig war sie aus den Ihnen bekannten Gründen im DIAG-Konzern.

Die Berliner Unternehmen mit Bundesbeteiligung hatten ohne DIAG 1970 3729, 1976 4072 Beschäftigte (+ 343), unter Einschluß der DIAG 7892 und 6908 (— 984).

Die Zahl der Beschäftigten der in den Kreis der Unternehmen nicht einbezogenen Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung und der vom BMFT geförderten Forschungseinrichtungen (Heinrich-Hertz-Institut, DFVLR- und Max-Planck-Institute) erhöhte sich von 760 (1970) um rd. 25 v. H. auf 948 im Jahre 1976.

Ferner ist zu bemerken, daß zwei Bundesunternehmen minderheitlich an der Berliner Kraft- und Licht-AG (Bewag) beteiligt sind, die 1976 6013 Beschäftigte hatte.

5. Werden die Berliner Unternehmen mit Bundesbeteiligungen beispielhaft für die übrige deutsche Wirtschaft in den kommenden Jahren (1977 bis 1979) verstärkt arbeitsplatzschaffende Investitionen tätigen? Sind darunter größere Projekte, die als Initialzündung für Berlin wirken können?

6. Beabsichtigt die Bundesregierung, verstärkt darauf hinzuweisen, daß Betriebsstätten oder Teilbereiche von Bundesunternehmen nach Berlin verlegt werden, um Berlin beschäftigungspolitisch zu stärken?

7. Beabsichtigt die Bundesregierung darauf hinzuweisen, daß Unternehmen mit Bundesbeteiligungen ihren Verwaltungssitz nach Berlin zurückverlegen, um so die wirtschaftliche Attraktivität der Stadt zu erhöhen?

Das für arbeitsplatzschaffende Investitionen der Bundesbeteiligungen entscheidende industrielle Bundesvermögen hat seinen Schwerpunkt in standortabhängigen Wirtschaftszweigen (Bergbau, Stahlwerke, Aluminiumproduktion, Elektrizitätserzeugung, Werften u. a). Die Standorte liegen zudem überwiegend in strukturschwachen Regionen (Zonenrandgebiet, Saarland u. a.). Die Verwaltung dieser Produktionsgesellschaften läßt sich verständlicherweise nicht von den Produktionsstandorten trennen und nach Berlin verlegen. Aus diesen Gründen kann das derzeitige Berlin-Engagement der industriellen Bundesunternehmen nicht kurzfristig ausgeweitet werden.

Diese – auch der CDU/CSU aus ihrer Regierungszeit bekannte – spezifische Situation war Anlaß, den Berlin-Appell in der Regierungserklärung von 1976 an die gesamte deutsche Wirtschaft zu richten.

Die Unternehmen, an denen der Bund beteiligt ist, unterstützen im übrigen die Berliner Wirtschaft nachdrücklich in vielfältiger Weise.

— Bereits seit vielen Jahren wirkt die Beteiligungsverwaltung des Bundesministeriums der Finanzen bei den Unternehmen auf eine verstärkte Auftragsvergabe nach Berlin hin.

  — Die Industrieunternehmen werden alljährlich aufgefordert, die Entwicklung ihrer Berlin-Aufträge anzugeben.

  — In ihren Vorständen sind spezielle Berlin-Beauftragte benannt worden, die einer Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen neue Impulse geben sollen.

  — Bei Treffen der Vorstände von Bundesunternehmen wird vom Bundesminister der Finanzen regelmäßig auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Berliner Wirtschaft auch durch verstärkte Auftragsvergabe zu unterstützen.

  Die Auftragsentwicklung hatte 1975 stark zunehmende Tendenz (+ 34 v. H.), die Zahlen für 1976 liegen noch nicht vor.

— VIAG und VEBA haben schon bisher als Aktionäre der Bewag im Rahmen von Kapitalerhöhungen einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung neuer Kraftwerkskapazitäten und damit zur Sicherung des Energiebedarfs von Berlin geleistet:

  Der Höhe der Beteiligung entsprechend wendeten VIAG und VEBA seit 1950 rd. 51 Mio DM auf. Davon entfallen auf den Zeitraum seit 1970 rd. 26 Mio DM. Es ist anzunehmen, daß sich beide Konzerne auch an künftig notwendig werdenden Kapitalerhöhungen beteiligen werden.

— Soweit Möglichkeiten bestehen, zusätzliche industrielle Engagements in Berlin einzugehen, werden sie genutzt. So hat z. B. im Jahre 1976 der Bundeskonzern Saarbergwerke von der DIAG die seit Jahren in der Verlustzone befindliche Werkzeugfirma R. Stock AG übernommen. Ihre Belegschaft war seit 1974 reduziert worden. Durch die Anbindung an die Saarberg-Beteiligung Wilh. Fette GmbH in Schwarzenbek, einen der führenden deutschen Produzenten von Präzisionswerkzeugen, ist die Basis für eine dauerhafte Sicherung der Arbeitsplätze geschaffen worden. Die in dem neuen Werkzeugverbund erzielten Umsätze und Erträge erfüllen bisher alle Erwartungen.

  Auch im Bereich Dienstleistungen hat das industrielle Bundesvermögen seine Position in Berlin in den letzten Jahren erweitert.

— Die Verbindung zu Berlin wird auch dadurch unterstrichen, daß Aufsichtsratssitzungen in Berlin veranstaltet werden. Die Zahl der Sitzungen von Aufsichtsräten in Berlin hat zugenommen. Es wird alles getan, diesen Trend zu fördern, um führenden Persönlichkeiten der Wirtschaft immer wieder

Gelegenheit zu geben, mit den speziellen Berlin-Bedürfnissen vertraut zu bleiben. Erst vor kurzem hat der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen in einem Schreiben an die AR-Vorsitzenden und Vorstände industrieller Bundesunternehmen gebeten, mehr Aufsichtsratssitzungen in Berlin abzuhalten. Dieser Appell hat ein großes Echo gefunden. Eine Reihe von Unternehmen hat inzwischen Aufsichtsratssitzungen in Berlin abgehalten oder beschlossen.

Anläßlich des Treffens der Aufsichtsratsvorsitzenden und Vorstände von Bundesunternehmen im Juni 1977 werden die Möglichkeiten der Unterstützung der Berliner Wirtschaft durch Bundesunternehmen eingehend erörtert werden. Die von Ihnen angeschnittenen Themen sind einbezogen.

8. Welche positiven Ergebnisse hat der von Bundeskanzler Schmidt vor etwa zwei Jahren ins Leben gerufene Repräsentantenkreis von rd. 36 Großunternehmen für die Berliner Wirtschaft gebracht, insbesondere im Hinblick auf die Beschäftigungslage, neue Betriebsstätten und die Rückverlegung oder Neuansiedlung von Verwaltungssitzen insbesondere bei den folgenden, im Beteiligungsbericht 1975 angeführten Bundesbeteiligungen in Berlin:

   VEBA AG, Bonn und Berlin (Verwaltungssitz Düsseldorf),
   Salzgitter AG, Berlin und Salzgitter,
   Vereinigte Industrieunternehmungen AG, Berlin/Bonn (VIAG),
   Vereinigte Aluminium-Werke AG, Berlin/Bonn,
   Treuarbeit AG (Wirtschaftsprüfungsgesellschat Steuerberatungsgesellschaft, Berlin und Frankfurt/M. (Verwaltungssitz Frankfurt am Main),
   Deutsche Pfandbriefanstalt Wiesbaden/Berlin (Anstalt des öffentlichen Rechts) (Verwaltungssitz Wiesbaden),
   Aktiengesellschaft für Wirtschaftsprüfung – Deutsche Baurevision – Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin/Düsseldorf (Verwaltungssitz Düsseldorf),
   Deutsche Bau- und Bodenbank AG, Berlin und Frankfurt/M. (Verwaltungssitz Frankfurt am Main),
   Gemeinnützige Deutsche Wohnungsbaugesellschaft mbH, Berlin/Düsseldorf,
   Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank, Berlin und Bonn (Anstalt des öffentlichen Rechts) (Verwaltungssitz Bonn),
   Deutsche Fernkabel-Gesellschaft mbH, Berlin/Rastatt,
   Schenker & Co GmbH, Berlin (Verwaltungssitz Frankfurt am Main),
   Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank AG, Berlin (Verwaltungssitz Frankfurt am Main),
   Deutsche Reisebüro GmbH, Berlin (DER) (Verwaltungssitz Frankfurt am Main)?

Als ein Ergebnis der Berliner Wirtschaftsgespräche unter Vorsitz des Bundeskanzlers hat der BDI einen Repräsentantenkreis (Berlin-Beauftragte) ins Leben gerufen, dem inzwischen 52 Vorstandsmitglieder von Großunternehmen angehören. Der Kreis hält etwa halbjährlich unter Vorsitz des Bundesministers für Wirtschaft Arbeitssitzungen ab. Dabei wird vor allem die kontinuierliche Befassung von Mitgliedern der Entscheidungsgremien überregionaler Großunternehmen mit Berliner Wirtschaftsfragen initiiert und durch Erörterung und Transparentmachung des Berliner Wirtschaftspotentials das Interesse an Investitionen und Aufträgen sowie sonstigen Möglichkeiten zur Verstärkung des Berlin-Engagements stimuliert.

Diese Gespräche haben sicherlich dazu beigetragen, firmeninterne Entscheidungen zugunsten Berlins zu beeinflussen. Trotz

der bekannten Konjunkturlage hat eine Reihe von Großunternehmen die Auftragsvergabe nach Berlin verstärkt. Die in Berlin bereits mit Fertigungsstätten vertretenen Unternehmen haben ihr Investitionsvolumen beibehalten. Darüber hinaus haben einige Gesellschaften in der Öffentlichkeit stark beachtete Investitionsentscheidungen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze bekanntgegeben.

Die Deutsche Entwicklungsdienst GmbH mit einem jährlichen Ausgabevolumen von rd. 49 Mio DM wird bis Ende 1977 alle ihre Einrichtungen (Vorbereitung und Verwaltung) in Berlin konzentrieren. Statt bisher 21 werden in Berlin dann 154 Mitarbeiter tätig sein.

Die Gespräche des Bundeskanzlers am 16. Dezember 1974 und 26. Juni 1975 brachten im Hinblick auf den weiteren Ausbau des Bereichs Forschung und Entwicklung folgende Resultate:

— Einsetzung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe aus Vertretern der Wirtschaft und der zuständigen staatlichen Stellen zur Untersuchung der Möglichkeiten für weiteren Ausbau des Bereichs Forschung und Entwicklung.

— Als Ergebnis ist Berlin verstärkt vom Bund im Forschungs- und Entwicklungsbereich gefördert worden: 1974 mit 85 Mio DM (2,8 v. H), 1975 mit 117 Mio DM (3,3 v. H. der Gesamtförderung des BMFT). Auch 1976 hat die zunehmende Tendenz angehalten, die endgültigen Zahlen liegen noch nicht vor. Die Schwerpunkte der zusätzlichen Förderungsmaßnahmen liegen auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung. Auch mit den Berliner Hochschulen ist die Zusammenarbeit verstärkt worden. Darüber hinaus wird vor allem das Wissenschaftszentrum Berlin, an dem der Bund mit 75 v. H. beteiligt ist, ausgebaut. Eine in Auftrag gegebene Forschungsstrukturanalyse soll Aufschluß und Anhaltspunkte über die besten Entwicklungsmöglichkeiten in Berlin geben. Sie wird im Herbst 1977 vorliegen.

Hinsichtlich der in der Anfrage einzeln genannten Unternehmen wird auf die Antwort zu den Fragen 5, 6 und 7 verwiesen.